

<b>Informationsvorlage</b>	Datum: 24.09.2013
Federführendes Amt: Senator für Bau und Umwelt	fed. Senator/-in: S 4, Holger Matthäus
Beteiligte Ämter:	bet. Senator/-in:
	bet. Senator/-in:
<b>Beschluss der Bürgerschaft Nr. 2013/DA/4861 vom 04.09.2013 zur Neuverhandlung des Ausbaus der zentralen Stellplatzanlage am Campus Südstadt</b>	
Beratungsfolge:	
Datum	Gremium
09.10.2013	Bürgerschaft
Zuständigkeit	
Kenntnisnahme	

bereits gefasste Beschlüsse:  
Nr. 2013/DA/4861 vom 04.09.2013

#### Sachverhalt:

Entsprechend des Bürgerschaftsbeschlusses vom 04.09.2013 (Dringlichkeitsantrag 2013/DA/4861) habe ich umgehend Kontakt zum Betrieb für Bau und Liegenschaften Mecklenburg - Vorpommern aufgenommen und auch um Abstimmung mit den zuständigen Ministerien der Landesregierung gebeten.

Die laufende Prüfung des vorliegenden Fällantrags ruht einvernehmlich.  
Inzwischen liegen mir die Antworten von Frau Finanzministerin Polzin und von Herrn BBL-Geschäftsführer Hufen, vor.

Aus den Schreiben geht hervor, dass sehr wohl bereits in früher Planungsphase geprüft wurde, ob eine Parkpalette oder ein Parkhaus gebaut werden könnte. Die Entscheidung fiel für einen ebenerdigen Parkplatz.

Die Planung wurde sehr umfangreich, auch insbesondere mit der Stadtverwaltung und der Bürgerinitiative, abgestimmt. Es waren Minister, der Bürgerbeauftragte, Geschäftsführer, der Oberbürgermeister, Ämter der Stadtverwaltung, der Ortsbeirat, die Bürgerinitiative, Umweltverbände, zuletzt Abgeordnete der Bürgerschaft und viele andere mit der Kompromissfindung befasst.

Das Ergebnis ist ein "Parkplatz unter Bäumen". Die Gesamtplanung wurde dahin gehend verändert, dass die Gesamtzahl der Stellplätze auf das Mindestmaß reduziert wurde, dass eine größtmögliche Zahl von Bäumen erhalten bleibt und ein 5 m breiter Grünstreifen erhalten bleibt bzw. zusätzlich geschaffen wird, dass die Stellplätze mit versickerungsfähigem Material befestigt werden und dass die reale Inanspruchnahme der schrittweise zu schaffenden Stellplätzen genau geprüft und weitere Stellplätze neu bewertet werden.

Damit wird der gesetzlichen Forderung nach Schaffung von Stellplätzen entsprochen und gleichzeitig eine sehr behutsame Variante in der Realisierung gewählt.

Die zeitweise ausgesetzte Prüfung des eingegangenen Fällantrags wird darum fortgesetzt.

in Vertretung

Holger Matthäus  
Beauftragter in der Funktion des Ersten Stellvertreters  
des Oberbürgermeisters

**Anlagen:**

- Schreiben des Finanzministerium vom 11.09.2013
- Schreiben des Betrieb für Bau und Liegenschaften M-V vom 06.09.2013

2 VG

Hansestadt Rostock  
Senator für Bau und Umwelt  
Herrn Holger Matthäus  
Holbeinplatz 14  
18069 Rostock

Hansestadt Rostock		WV
Senator für Bau und Umwelt		Z.K.
eingegangen am:	19. SEP. 2013	z.V.
PE-Mr:		<input checked="" type="checkbox"/>
weitergeleitet an:	60 66 67 73 82	4E

Schwerin, 19. September 2013

## Universität Rostock, Errichtung von Stellplätzen am Campus Südstadt

Sehr geehrter Herr Senator Matthäus,

der Betrieb für Bau und Liegenschaften Mecklenburg-Vorpommern (BBL M-V) hat mich über das Anliegen der Rostocker Bürgerschaft informiert, dass das Land Mecklenburg-Vorpommern prüfen möge, ob an Stelle der vorgesehenen ebenerdigen Stellplatzanlage für den Südstadtcampus der Universität Rostock eine Parkpalette oder ein Parkhaus errichtet werden könne.

In dem Schreiben des Geschäftsführers des BBL M-V an die Hansestadt Rostock vom 06.09.2013 (Anlage) geht dieser ausführlich auf den langen und sehr transparenten Diskussionsprozess im Zuge der Planungen für die o.g. Stellplatzanlage ein.

Gestatten Sie mir, einige weitere Aspekte anzufügen:

Für die geplanten Baumaßnahmen hat der BBL M-V bereits das notwendige Vergabeverfahren durchgeführt. Auf Grund der vergaberechtlichen Vorschriften hat der BBL M-V nunmehr unverzüglich den Mindestbieter von der beabsichtigten Beauftragung zu unterrichten, um mit der Baumaßnahme wie geplant beginnen zu können. Jede Verzögerung könnte demnach zu ernststen terminlichen und finanziellen Auswirkungen, bis hin zur Geltendmachung von Schadensersatzleistungen durch die zu beauftragende Baufirma führen.

Zu erwähnen ist auch die Tatsache, dass die in Rede stehende Baumaßnahme nicht nur die Herstellung von Stellplätzen, sondern auch die Errichtung der sogenannten „nördlichen Erschließungsstraße“ beinhaltet. Diese Straße wiederum ist Voraussetzung für den Weiterbau von Freiflächen an den in Bau befindlichen Institutsgebäuden für Physik, aber auch für den von der Hansestadt Rostock vorgesehenen Ausbau der Albert-Einstein-Straße.

Abschließend möchte ich noch darauf hinweisen, dass die Errichtung einer Parkpalette bzw. eines Parkhauses Bauinvestitionen in drei- bzw. fünffacher Höhe im Vergleich zur Herstellung ebenerdiger Stellplätze erfordern. Diese Mittel würden dann für andere dringende notwendige Bauvorhaben der Universität Rostock nicht zur Verfügung stehen.

Sehr geehrter Herr Senator Matthäus, ich hoffe, ich konnte Ihnen mit diesem Schreiben die Haltung des Finanzministeriums zu dieser bedeutenden Baumaßnahme deutlich machen und wäre Ihnen sehr verbunden, wenn Sie mein Schreiben auch der Bürgerschaft zur Kenntnis geben könnten.

Mit freundlichen Grüßen



Heike Polzin

**Anlage**

Betrieb für Bau und Liegenschaften Mecklenburg-Vorpommern  
Postfach 10 51 10, 18010 Rostock

Hansestadt Rostock  
Senator für Bau und Umwelt  
Herrn  
Holger Matthäus  
Holbeinplatz 14  
18069 Rostock

Bearbeiter: Herr Hufen

Telefon: 87000

AZ: Z

Rostock, 06.09.2013

— **Universität Rostock, Campus Südstadt, Freiflächenplanung der Baufelder  
N 1 – N 10**

**Hier: Bau von Parkflächen für die Universität**

**Ihr Fax vom 05.09.2013**

Sehr geehrter Herr Senator Matthäus,

gerne nehme ich die Gelegenheit wahr, mich noch einmal zum vorgesehenen Bau von weiteren Stellplätzen für den Campus Südstadt der Universität Rostock zu äußern.

Vorab ist allerdings darauf hinzuweisen, dass für Baumaßnahmen der Staatlichen Bauverwaltung stets nur das die Fachaufsicht über den BBL M-V führende Ministerium zuständig ist.

Der BBL M-V ist dem Finanzministerium des Landes unterstellt, mit dem ich daher auch die Antwort abgestimmt habe.

Nur von 2006 bis 2011 oblag die Fachaufsicht dem damaligen Ministerium für Verkehr, Bau und Landesentwicklung, dem der BBL M-V in der Zeit zugeordnet war.

Dies vorweggeschickt, nehme ich wie folgt Stellung:

Selbstverständlich werden bei jeder Baumaßnahme durch den BBL M-V mögliche Realisierungsvarianten geprüft. Dies bedeutet, dass naturgemäß im Hinblick auf die zu bauenden Stellplätze für den Campus Südstadt der Universität Ros-

tock auch die Erstellung einer Parkpalette oder eines Parkhauses erwogen wurde.

Auch und gerade für Landesbauvorhaben gelten dabei die Grundsätze der Landeshaushaltsordnung zur Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit.

Daher kam der Bau von Stellplätzen mittels einer Parkpalette oder eines Parkhauses aufgrund der nach baufachlich gesicherten Erkenntnissen erheblich höheren Investitionen nicht in Betracht, zumal die für eine ebenerdige Errichtung erforderlichen und geeigneten Flächen vorhanden sind.

Dabei ist überdies darauf hinzuweisen, dass der Bau derartiger Parkflächen bereits in dem auch von der Hansestadt Rostock unterschriebenen Beschluss zum Masterplan für den Südstadtcampus der Universität Rostock 1999 enthalten war.

Dass der Bau einer Parkpalette bzw. eines Parkhauses aus Wirtschaftlichkeitsgründen nicht in Betracht kommt, ist der Bürgerinitiative Voßstraße (BI) übrigens bereits mehrfach erklärt worden.

So war dies z.B. bereits in der Sitzung des Ortsbeirats Südstadt am 12.08.2010 vom damaligen Vertreter des BBL M-V auf eine entsprechende Nachfrage erläutert worden.

Zuletzt wurde dies noch einmal von den Vertretern des BBL M-V in einem von der BI initiierten Gespräch bei Herrn OB Methling am 25.04.2013 erklärt.

Der BBL M-V, aber auch andere Landesinstitutionen sind seit Mitte 2010 im Gespräch mit der BI, wie die nachfolgende – wahrscheinlich unvollständige – Aufstellung der verschiedenen Aktivitäten und Kontakte – ohne Presseaktivitäten und Bürgerschaftsbefassungen – bis heute dokumentiert:

- 12 Schreiben der BI an den BBL M-V, die Minister von Finanzministerium und VM, den OB der Hansestadt Rostock und den Bürgerbeauftragten des Landes Mecklenburg-Vorpommern,
- 8 Schreiben des BBL M-V an die BI sowie 3 der Minister bzw. im Namen der Minister von Finanzministerium und VM sowie
- 14 Termine zu Besprechungen mit der BI beim BBL M-V, vor Ort, im VM sowie in Sitzungen des Ortsbeirats bzw. des Bau- und Planungsausschusses.

Zuletzt fand am 21.08.2013 ein Ortstermin statt, in dem den Vertretern der BI der weitere Verlauf der Baumaßnahme von den beiden für das Projekt zuständigen Mitarbeiterinnen des BBL M-V detailliert erläutert worden ist.

Im Verlauf dieser vielfältigen Kontakte mit der BI wurde seitens des BBL M-V das beabsichtigte Konzept mit der Bezeichnung „Parken unter Bäumen“ aufgrund der Wünsche der BI dahingehend verändert, dass

- die Anzahl der zentralen Parkplätze auf nur noch 569 reduziert wurde,
- die größtmögliche Anzahl an Bestandsbäumen erhalten werden kann und darüber hinaus ein Grünstreifen von 5 m als Abgrenzung zum Bahngelände mit einer – inzwischen vervollständigten – Hecke erhalten bleiben wird,
- der jetzt zu beginnende nächste Bauabschnitt mit 257 Stellplätzen in geänderter Zonierung zum Campusgelände hin realisiert werden wird und schließlich dass
- der darüber hinausgehende Bedarf der letzten 200 Parkplätze mit Hansestadt und Universität Rostock nach Fertigstellung des nächsten Abschnitts der Baumaßnahmen für die Universität Rostock neu bewertet werden wird.

Aus Sicht des das Land als Bauherr vertretenden BBL M-V ist damit den Wünschen der BI nach geringstmöglichen Eingriffen soweit entsprochen worden, wie dies derzeit möglich erscheint, ohne

- einerseits den voraussichtlichen Bedarf an Stellplätzen für letztlich 4.000 Studierende und Beschäftigte zu ignorieren und
- andererseits durch eine zu geringe Zahl an Parkplätzen entsprechenden Suchverkehr in den angrenzenden Wohngebieten zu erzeugen.

Mit freundlichen Grüßen

  
Hufen